

## **BMW oder Ford Escort?**

Vierte Königswinter-Konferenz über Wirtschaftsfragen / Britische Zuversicht über deutsche Reformen wächst / Von Christian Schubert, F.A.Z.

DITCHLEY PARK, im Dezember. Wenn Briten und Deutsche sich in diesen Tagen über Wirtschaftsthemen austauschen, dann ist das schon lange nicht mehr das alte Rollenspiel mit Deutschland als Europas Lokomotive und Großbritannien als angehängter Zugwaggon. „Seid bescheiden“, mußte der britische Konferenzleiter seinen Landsleuten auf der vierten deutsch-britischen Königswinter-Konferenz zurufen, die sich alleine wirtschaftlichen Fragen widmete. Er wollte vermeiden, daß die Zusammenkunft der Wirtschaftseliten zu einer Demonstration britischen Überlegenheitsgefühls verkommt. Nach zehn Jahren Wachstum des Bruttoinlandsprodukt, das auch in diesem Jahr ein Plus von 2 Prozent erwarten läßt und ein Langzeithoch bei der Beschäftigung geschaffen hat, ist mancher Brite zum Auftrumpfen geneigt. Der „Daily Telegraph“ zitierte in der vergangenen Woche eine Umfrage, nach der die Deutschen jetzt Großbritannien und nicht mehr Deutschland für Europas führende Nation halten. „Welch exzellentes Wort Schadenfreude in diesen Zeiten ist“, meinte die Tageszeitung.

Doch das diesjährige Zusammentreffen der deutsch-britischen Wirtschaftseliten in einem Landhaus bei Oxford - das früher Winston Churchill aufsuchte, um sich den deutschen Bombern zu entziehen - verlief ohne Bosartigkeiten. Unter den strengen Chatham House-Regeln, die das Nennen von Namen in der Öffentlichkeit verbieten, fand ein offener Austausch zwischen Vertretern aus Unternehmen und Politik statt. Ein britischer Teilnehmer beschrieb die deutsche Wirtschaft sogar als BMW, der nur eine Generalüberholung brauche, während die britische Wirtschaft weiterhin ein Ford Escort sei. Diese Bemerkung gehörte freilich eher in die Rubrik britischer Höflichkeit. Kein Zweifel herrschte, daß Deutschland viele jener schmerzhaften Reformen noch bevorstehen, die Großbritannien lange hinter sich hat. Ein deutscher Wirtschaftsvertreter brachte die Probleme mit einer treffenden Vergleichsrechnung auf den Punkt. Wenn ein deutscher Arbeitgeber 100.000 Euro einem Angestellten bezahlt, bleiben dem Arbeitnehmer davon nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben nicht einmal 44.000 Euro. Ein Angestellter eines Schweizer Unternehmens jedoch hätte unterm Strich umgerechnet 73.000 Euro übrig. Damit sei auch die Konsumzurückhaltung der Deutschen zu erklären, die große Achillesferse der Konjunktur in diesen Tagen. Die deutschen Wirtschaftsvertreter appellierten an die eigene Regierung, mit den Reformen des Sozialstaates, des Arbeitsmarktes und Steuersystems keine Zeit zu verlieren. Im Grunde genommen sei es schon fünf Minuten nach zwölf. Schlimm genug, daß beim symbolträchtigen und im Ausland immer wieder aufgegriffenen Ladenschluß nur eine lächerlich geringe Öffnung erreicht wurde.

Bei all dem Drängen erhob ein deutscher Regierungsvertreter sogar Zweifel am deutschen Föderalismus. Sein Rat an das zentralisierte Großbritannien: Übernehmt nicht unser System! Wie eine Reform des blockadeanfälligen Zusammenspiels von Bund, Ländern, Gemeinden in Deutschland künftig aussehen solle, blieb dabei eine offene Frage.

Die Briten verfolgten die innerdeutschen Diskussionen mit Neugierde und einem gewissen Respekt. Wenigstens hätten die Deutschen die Probleme erkannt. Im Gegensatz zum vorherigen Jahr gewannen sie den Eindruck, daß sich Deutschland bewege. Beunruhigung aber blieb: Wie weit reicht die Reformbereitschaft in der Bevölkerung, fragten sie. Es ginge weiter nur um Besitzstandwahrung, gab ein deutscher Industrievertreter zurück, während ein Regierungssprecher von einem echten Willen zum Aufbruch sprach. Wohin steuert die deutsch-französische Achse, die nicht nur das Aussetzen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchgesetzt habe (freilich mit Zustimmung des britischen Finanzministers Gordon Brown), sondern aufgrund des Reformstaus auch vor ähnlichen Wirtschaftsproblemen

stehe, wollten die Briten ebenfalls wissen. Das sei eine Allianz der Schwachen, hieß es auf Seite der deutschen Privatwirtschaft. Den Umgang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt kommentierte ein Brite indes mit gewohntem Pragmatismus: „Wir hätten gesagt, na ja, warum biegen wir die Regeln nicht ein bißchen. Aber Sie als Deutsche können das nicht“. Daher herrsche in Deutschland Empörung und Enttäuschung darüber, wie leicht sich die Regierung Schröder über den Pakt hinweggesetzt habe.

Es war auch ein Brite, der letztlich auf die deutsche Tradition der sich selbst zerfleischenden Analyse hinwies. Er erinnerte daran, daß der deutsche Export ausgezeichnet lief und im Gegensatz zu Großbritannien für einen Leistungsbilanzüberschuß Sorge; viele deutsche Unternehmensvorstände könnten weiter selbstbewußt auftreten, weil sie erfolgreich seien, ob inner- oder außerhalb Deutschlands.

Die Briten übten sich auch durchaus in Demut, denn viele ihrer eigenen Probleme sind nicht bewältigt: In der Produktivität hinken sie weiter hinterher – vielleicht eine Folge des liberalisierten Arbeitsmarktes mit seinem breiten Niedriglohnsektor, wie ein Teilnehmer andeutete. Ein anderer Grund sei die notorisch schwache Infrastruktur, vor allem im öffentlichen Transportwesen. Zudem habe die Verschuldung der privaten Haushalte bedrohliche Höhen erreicht, und auch die Finanzpolitik von Schatzkanzler Gordon Brown hat schwere Kratzer bekommen, weil die Neuverschuldung rasch steigt. Die britischen Wirtschaftsvertreter beklagten ferner die wachsende Steuerlast für die Unternehmen und die steigende Regulierung. Beim Stichwort des wachsenden Dickichts von Vorschriften kam auch das britische Reizthema Europa auf den Konferenztisch. Einmal mehr war die Regulierung aus Brüssel und die Verfassungsdiskussion ein Grund für britische Klagen. Die Stimme eines Professors aus Oxford blieb ohne viel Widerhall: Großbritannien drohe nicht der europäische Superstaat, sondern die Isolation in Europa. Immerhin wurde der Erfolg von Airbus honoriert. Ein Sieg der europäischen Kooperationsbereitschaft über den eindimensional amerikanischen Boeing-Konzern, wie ein britisches Oberhausmitglied sagte. Und er appellierte an beide Seiten: Die Deutschen müßten sich in Europa öfter gegenüber den politisch dominierenden Franzosen behaupten. Die Briten dagegen sollten öfter den Amerikanern sowie der euroskeptischen Presse daheim die Stirn zeigen, so sein Ratschlag.

Ob deutsch oder britisch, alle Teilnehmer beschlich im übrigen das Gefühl, daß sie im Zeichen der wachsenden Globalisierung mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Zudem kam die Ahnung auf, daß die großen globalen Entwicklungen die kleinnationalen Probleme Europas bald in den Schatten stellen könnten. Wie ein deutscher Wirtschaftsvertreter berichtete, wurde aus China vor wenigen Tagen der erste VW Polo exportiert – nach Australien.